



dbb
beamtenbund
und tarifunion

landesbund
saar

Beamte aktuell

15. September 2011

Spitzengespräch mit der neuen Ministerpräsidentin

Teilerfolg: Keine Nullrunde in 2011 und 2012

Landes- und Kommunalbeamte, Beamtenanwärter sowie Versorgungsempfänger erhalten eine Einmalzahlung als Ausgleich in 2011 und eine lineare Erhöhung von 1,9 Prozent ab 1. Juli 2012

Ministerpräsidentin bietet Gewerkschaften einen gemeinsamen Diskussionsprozess an

Bei der dbb-Forderung, das Tarifergebnis 2011/2012 auf die Landes- und Kommunalbeamten zu übertragen, bleiben die Fronten zwischen Landesregierung und dbb saar weiter verhärtet.

Dennoch, die von Landesregierung und Regierungsfractionen vorgesehene Null- (Minus)runde für die Beamten in 2011 und 2012 ist vom Tisch.

Die massiven Proteste und die zahlreichen politischen Gespräche der Gewerkschaften in den letzten Monaten sowie der interne Druck zahlreicher dbb-Mitglieder auf die Regierungsparteien und Landtagsabgeordneten sowie die positive Steuerschätzung haben die Regierungsverantwortlichen zum Umdenken bewegt.



(v.l.n.r. Chef der Staatskanzlei, Minister Andreas Storm, Ministerpräsidentin Annegret Kramp-Karrenbauer, Finanzminister Peter Jacoby, dbb-Landeschef Artur Folz, Innenstaatssekretär Georg Jungmann, dbb-Landesfrauenvorsitzende Sabine Meier, dbb-Landesvize Ewald Linn und dbb-Justiziar Arnold Sonntag)

In einem ersten Spitzengespräch sagte die Ministerpräsidentin dem dbb-Landesvorstand zu, trotz der schwierigen Haushaltslage und der Sparzwänge im Rahmen der Umsetzung der Schuldenbremse, die saarländischen Landes- und Kommunalbeamten gegenüber den Tarifbeschäftigten nicht von der Einkommensentwicklung abzukoppeln. Um dieses Ziel zu erreichen, seien der Landesregierung haushaltsrechtlich aber Grenzen gesetzt. Bei der Einmalzahlung in Höhe von 360 Euro (Versorgungsempfänger und Hinterbliebene anteilig nach Ruhegehaltsatz), die vsl. im Dezember 2011 zur Auszahlung kommen soll, belaufe sich das Volumen auf 8 Millionen Euro. Im Haushaltsjahr 2012 stünden 19 Millionen Euro als Gesamtvolumen zur Verfügung. Deshalb könne eine Erhöhung von 1,9 Prozent (ohne Sockelerhöhung von 17 Euro) erst ab dem 1. Juli 2012 vorgenommen werden.

Absenkung der Eingangsbesoldung muss zurückgenommen werden

Der dbb kritisierte nochmals die zweijährige Absenkung der Eingangsbesoldung im gehobenen und höheren Dienst, da diese Regelung das Saarland im föderalen Wettbewerb, insbesondere im Lehrerbereich, benachteiligt. Die Ministerpräsidentin sieht hier Klärungsbedarf und sagte eine Prüfung zu.

Diskussionsprozess mit den Gewerkschaften

Zu folgenden Themen bietet die Ministerpräsidentin dbb und DGB einen Diskussionsprozess in Arbeitskreisen an:

- Lebensarbeitszeiterhöhung (wie Rentenregelung) im Geleitzug von Bund und Ländern. Bisher hätten der Bund und elf Bundesländer eine Lebensarbeitszeiterhöhung auf 67 Jahre umgesetzt bzw. angekündigt. Auch Lebensarbeitszeitkonten sollen dabei diskutiert werden. Das vom dbb-Landesvorstand bereits geforderte Gesundheitsmanagement steht ebenso auf der Agenda.
- Familienfreundliche Gestaltung der Arbeitsplätze (Dienstbetrieb). Dabei sollen Regelungen der Vereinbarkeit von Familie, Beruf und Kindern sowie Pflege und Beruf gefunden werden.
- Folgen der Vorschläge der Haushaltsstrukturkommission – Aufgabenkritik, Personalrekrutierung und Wertung der demografischen Entwicklung

Bis Ende des Jahres möchte die Landesregierung darüber Klarheit haben, welche Punkte konkret umgesetzt werden können und inwieweit die Gewerkschaften Maßnahmen mittragen bzw. mitgestalten können.

Nach den jüngsten positiven Erfahrungen mit dem „Runden Tisch“ zur Modernisierung der saarländischen Laufbahnverordnung sagte der dbb-Landesvorstand zu, sich an dem Diskussionsprozess zu beteiligen, um somit mitgestalten zu können.

Ohne Altschuldenabbau kein politischer Gestaltungsspielraum

Das größte strukturelle Problem seien nicht die Personalkosten, sondern die Altschulden des Staates bekräftigte der dbb-Landeschef Artur Folz die Positionen des dbb und kündigte gegenüber der Landesregierung an, dass der dbb ein Rechtsgutachten zur „Altschuldensanierung“ in Auftrag gegeben habe, das im Oktober veröffentlicht werde. Der dbb fordert, die Altschulden in einen „Bundesaltschuldenfonds“ zu überführen, um dadurch eine schnellere und gerechtere Umsetzung der Schuldenbremse zu erreichen und somit weiter handlungsfähig zu bleiben. Die jetzige „Schuldenbremsen-Regelung“ reiche nicht aus, da der Schuldenberg zwar langsamer, aber weiter anwachse und die hohen Zinszahlungen keine politischen Gestaltungsspielräume mehr zuließen. Zudem fordert der dbb eine gerechtere Verteilung der Steuern.

Kompetenzen nutzen – Zukunft gestalten

Herausgeber:

dbb beamtenbund und tarifunion saar
Hohenzollernstraße41, 66117 Saarbrücken
Tel. 0681/ 51708, Fax 0681/ 581817
Mail: [post@dbb-saar.de/](mailto:post@dbb-saar.de)
Internet: www.dbb-saar.de

Info/Aktuell_Beamte_15.9.2011